

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

bringen ist. Und „realpolitisch“ gedacht, sollte letztlich auch nicht vergessen werden, dass Marokko diese Politik primär im Interesse und auf Druck Europas betreibt. Es verteidigt eine Grenze, die die meisten Marokkaner im Grunde gar nicht anerkennen.

Mehr als je zuvor ist Marokko heute Ausreise-, Transit- und Aufnahmeland zugleich. Es herrscht eine transnationale Mobilität, in der sich das eine kaum noch vom anderen trennen lässt. Der Staat unternimmt große Anstrengungen, diese Mobilität zu regeln, um sie besser kontrollieren und vielleicht sogar steuern zu können. Dabei geht es ihm nicht nur um Staatsbürgerschaft und mehr denn je zuvor um Terrorismuskontrolle; es geht auch um den Charakter und den Zusammenhalt Marokkos insgesamt. Auf der einen Seite steht die Forderung nach sozialer Integration nach wie vor sehr hoch auf der politischen Agenda; auf der anderen zwingt der Wandel von „Migration“ und „Migranten“ dazu, die Diskurse um Identität und Religion sowie um Sozialstaat und Marktwirtschaft immer wieder neu zu überdenken.

Tunesien

Dr. Hardy Ostry (03.09.2015)

Angesichts der anderweitigen drängenden sicherheitspolitischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen Tunesiens und der derzeit vergleichsweise geringen direkten Betroffenheit nehmen Migration nach Europa und Europäische Migrationspolitik keinen Spitzenplatz im öffentlichen und politischen Diskurs Tunesiens ein.

Gleichwohl wird seit Monaten regelmäßig in Presse und in sozialen Medien über das Schicksal von Flüchtlingen in Europa berichtet. Tenor ist dabei in der Regel deren miserable Lage und die oft „unmenschliche“ Behandlung, die sie seitens der europäischen Behörden erfahren. Vor allem die Zivilgesellschaft beklagt eine „sicherheitspolitische Vision“ der Migration seitens der Europäer und immer wieder wird auf Foren und in Fachgesprächen auf die Notwendigkeit verbesserter legaler Migrationswege von Süd nach Nord hingewiesen. Die Forderung nach Visaerleichterungen seitens der EU-Mitgliedstaaten wird auch von der tunesischen Politik regelmäßig erhoben. Diese Forderung wird angesichts der Verhandlungen über eine vertiefte Freihandelszone (ALECA) zwischen der EU und Tunesien, die im Oktober eröffnet werden sollen, demnächst wohl wieder lauter werden. Hier wird argumentiert, die Personenfreizügigkeit könne nicht gänzlich außen vor bleiben, wenn die anderen drei „EU-Freiheiten“ (Waren, Kapital, Dienstleistungen) mit dem Partnerland weiter ausgebaut werden. In entsprechenden Fachdiskussionen wird die „Mobilitätspartnerschaft“ zwischen der EU und Tunesien als unzureichend bzw. als „leere Hülle“ kritisiert.

Sehr kritisch werden in Tunesien die in Brüssel seit April 2015 diskutierten Vorschläge gesehen, mit EU-Operationen auch militärisch gegen Schlepperbanden in libyschem Hoheitsgebiet vorzugehen. Tunesien, das von der instabilen Lage in Libyen direkt betroffen ist, bemüht sich gegenüber den Konflikten in seinem Nachbarland um Neutralität und plädiert für eine strikte Nicht-Interventionspolitik.

Generell wird immer wieder (und zunehmend) darauf hingewiesen, dass „der Westen“ eine Mitverantwortung für den Zusammenbruch der arabischen Welt – und damit die Fluchtursachen – trage und sich nun nicht bei der Bearbeitung der Folgen, also der Migration, aus der Verantwortung stehlen könne. Im Fokus der Kritik stehen dabei indes in der Regel die USA, Großbritannien und Frankreich und deren Politik in Irak, Libyen und Syrien (siehe in diesem Sinne etwa den Kommentar in der Tageszeitung *La Presse* vom 25.08.2015 unter der Überschrift „Trio infernal“).

Deutschland stand bislang nicht besonders im Fokus. Bei der Behandlung von „Flüchtlingsschicksalen“ wird in der Regel aus Mittelmeeranrainerstaaten wie Italien berichtet. Allerdings wurden die jüngsten Stellungnahmen von Bundeskanzlerin Angela Merkel als besonders wegweisend angesehen; von der ansonsten so „kühl“ wahrgenommenen deutschen Regierungschefin wurde in der Presse durchweg nicht nur ein positives, sondern diesmal

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

auch sehr emotionales Bild gekennzeichnet, das seinen Widerhall auch in den Sozialen Medien fand. Die Art und Weise, wie Deutschland und die Bundeskanzlerin derzeit wahrgenommen werden, haben 20 jugendliche Teilnehmer einer Fortbildung zur Beruflichen Bildung der KAS in Tunesien gezeigt, als sie im Anschluss an die Verteilung der Zertifikate spontan auf Deutsch skandiert haben: 'Wir schaffen das!' - auch im Netz ist dieser Satz der Kanzlerin mittlerweile überall präsent.

Bislang konnte noch keine besondere Fokussierung auf das Thema in den entwicklungspolitischen Runden festgestellt werden, was bis zu einem gewissen Grad auch an der politischen Sprachlosigkeit europäischer Entscheider liegen mag. Zum anderen erwartet insbesondere die Europäische Delegation ein erneutes Aufkommen der Thematik im Kontext der ALECA-Verhandlungen.

Im Fokus des tunesischen „Migrationsproblems“ stehen zum einen die Migranten aus Libyen, die in der Regel nicht als Flüchtlinge registriert sind und über eigene Mittel verfügen, die Infrastruktur des Landes aber belasten und deren Präsenz mehrere sozio-ökonomische Probleme verschärft (z.B. Ansteigen der Mietpreise, Auslastung der Bildungseinrichtungen). Zum anderen stellt die „Auswanderung“ und Rückkehr dschihadistischer Kämpfer nach Libyen, Syrien und Irak die tunesische Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Europa – und gerade auch Deutschland – gilt nach wie vor weiten Teilen der tunesischen Jugend als Verheißung einer besseren Zukunft angesichts der stagnierenden Wirtschaftslage und fehlenden Vertrauens in eine rasche Entwicklung des eigens Landes (und dem daraus resultierenden Mangel an persönlichen Perspektiven). Indes gehen davon bisher nur wenige tatsächlich den Schritt hin zu einer illegalen Immigration nach Europa.

Türkei

Dr. Colin Dürkop (31.08.2015)

Flüchtlinge insbesondere aus Syrien und Afghanistan orientieren sich in Richtung Westen/Europa. Zunächst wollen die syrischen Flüchtlinge ihr Leben retten und fliehen in die Türkei. Nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer versucht ein Teil der Flüchtlinge, von der Türkei in Richtung Europa zu fliehen. Hauptursachen für die Abwanderung sind bekannt: existenzielle Nöte wie auch Armut und der Glaube, in Europa ein besseres und sichereres Leben führen zu können.

Deutschland gilt auch für die Flüchtlinge in der Türkei als eines der bevorzugten Ziele. Ganz egal wie viele Abschottungs- und Verhinderungsmaßnahmen getroffen werden, die Abstimmung mit den Füßen ist nicht mehr aufzuhalten und auch in der Türkei geht man davon aus, dass die Wanderungsbewegungen Richtung EU sich fortsetzen werden.

Das Thema „Migration und Flucht“ ist vergleichsweise neu in der Türkei. Insbesondere der syrische Bürgerkrieg und seine Folgen haben diese Thematik inzwischen auch in der Türkei in den Fokus der Wahrnehmung gerückt. Lange Zeit war die Türkei ein Exportland für ihre Arbeitsbevölkerung und kein Zielland für Flüchtlinge und Migranten. So hat sich vor allem in den letzten Jahren das Phänomen der Migration zu einem wichtigen Thema in der Türkei entwickelt, das sowohl in den Medien als auch in den sozialen Netzwerken immer aktiver diskutiert wird. In diesem Zusammenhang beschäftigen sich die Medien vermehrt auch mit den zunehmend schwieriger werdenden sozialen Umständen der syrischen Flüchtlinge.

Migration und Flucht ist aber nicht nur ein soziales Thema, sondern vor allem auch ein politisches, ein wirtschaftliches und zunehmend auch gesellschaftliches Problem. Folglich wird die Lage der syrischen Flüchtlinge auch kontrovers in den Medien und der öffentlichen Diskussion thematisiert, je nach (partei-)politischer Ausrichtung. AKP-Anhänger und die Opposition bewerten die Lage auf sehr unterschiedliche Weise. Die Opposition übt herbe Kritik an der Regierung wegen ihrer Syrienpolitik, die die gegenwärtige Fluchtwelle erst provoziert haben soll. In diesem Zusammenhang wird einerseits das menschliche Leid kritisiert, ande-